



Die Familien, für die Härtefallverfahren bei der niedersächsischen Härtefallkommission gestellt wurden, sowie eine kurdische Familie beim Neujahrsempfang der Stadt Cuxhaven. In der Mitte der Landtagsabgeordnete Uwe Santjer, SPD

4.3 Arbeitskreis Asyl Cuxhaven e.V.

Das Gute zuerst: Alle drei Romafamilien (aus Kosovo, Serbien und Mazedonien), die in ihrem Härtefallverfahren vom Arbeitskreis Asyl begleitet und unterstützt wurden, wurden 2018 als Härtefälle anerkannt. Schwierigkeiten gab und gibt es immer wieder in Bezug auf eine langfristige Arbeit. Fast immer gelingt es nur über Zeitarbeitsfirmen einen Arbeitsplatz zu finden mit den üblichen negativen Begleiterscheinungen: befristetes Arbeitsverhältnis für sechs Monate sowie sechsmonatige Probezeit, selbst für eine unqualifizierte Tätigkeit. Auch bei Erkrankung kann das Arbeitsverhältnis innerhalb dieser Probezeit gekündigt werden. Zwei Familien mussten so die bittere Erfahrung machen, dass ihnen kurz vor Ablauf der Probezeit gekündigt wurde und die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz begann. Für viele Betroffene ist dies eine fortwährende Angst um ihren Aufenthalt.

Was lange währt ... wird nicht immer gut.

Leider haben die Repressionen gegen kurdische Vereine, Einrichtungen, Personen und auch solidarische Unterstützer_innen nicht ab-, sondern eher zugenommen. Auch die Landesregierung in Niedersachsen ist anscheinend nicht bereit, ihren Kurs zu ändern. Zur Erinnerung: Auf der letzten Mitgliederversammlung am 26. Mai 2018 verabschiedete der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. folgenden Antrag des Arbeitskreises Asyl Cuxhaven e.V. mit 2 Enthaltungen bei 0 Gegenstimmen:

„Die Mitgliederversammlung des Niedersächsischen Flüchtlingsrats fordert von der Bundesregierung den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen in die Türkei. Wir erwarten, dass die Bundesregierung und auch die Landes-

regierung die zunehmende Kriminalisierung kurdischer Organisationen in Form von Demonstrations- und Fahnenverboten, Durchsuchungen und Festnahmen sofort beenden. Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung für den Abzug der türkischen Armee aus Afrin und ein Rückkehrrecht der Geflüchteten einsetzt.“

Wie vielen Mitgliedern des Flüchtlingsrates bekannt ist, wurde im Juni 2018 das Haus unseres 2. Vorsitzenden Karl-Heinz Zulkowski-Stüben unter dem Vorwand der Unterstützung eines verbotenen Vereins (hier die PKK) durchsucht und Computer, Laptop, Handy und verschiedene Speichermedien und Demoschilder/Fahnen beschlagnahmt. Das Amtsgericht Stade hat auf die Beschwerde folgenden Beschluss gefasst: „... wird der Beschwerde des Beschuldigten ... aus den fortbestehenden Gründen ... nicht abgeholfen“. Wir warten nunmehr auf eine Entscheidung des Landgerichts. Die bisher beschlagnahmten Gegenstände wurden nach Auswertung durch die Polizei Mitte Januar 2019 wieder ausgehändigt. Ausnahme: ein Pappschild, dessen Beschlagnahme auf Beschluss des Amtsgerichts bestätigt wurde, „weil der Gegenstand als Beweismittel für das Verfahren von Bedeutung ist“.

Nähere Informationen auf der Webseite des Arbeitskreises: http://incuxhaven.de/?page_id=83

Unsere Antwort auf die Kriminalisierungsversuche: verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. So haben wir im Rahmen der Interkulturellen Woche eine Veranstaltung mit Yavuz Fersoglu, Jurist aus Hamburg und selbst Kurde, organisiert. Fersoglu sprach über „die Kurden, das betrogene Volk“, wobei er zunächst über die Kurd_innen als Volk berichtete und anschließend unter anderem die Aufmerksamkeit auf die Entwicklungen im nordsyrischen Afrin lenkte, wo die türkische Armee Anfang 2018 einmarschierte.

Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen (B. Brecht)

Die jesidische Familie Hasso wollte sich in Sicherheit bringen. Zumindest schien die Stadt Aleppo sicherer als das von türkischen Truppen und islamistischen Gruppen besetzte Afrin. Doch die Fahrt am 11. April des Jahres 2018 endete grausam. Das vollbesetzte Auto fuhr auf eine Mine; im Auto starben (einen Tag vor ihrem 22. Geburtstag) Hamida Hasso, ihr Ehemann Jasser, dessen Eltern und ihr achtmonatiges Baby.

Einzig die fast dreijährige Rubella überlebte, geschützt durch den Körper ihres Vaters. Seither versuchen die in Cuxhaven wohnenden Großeltern und Geschwister der Ehefrau und des Ehemannes, mit Unterstützung des Arbeitskreises Asyl, das kleine Mädchen nach Deutschland zu bekommen. Aber die bürokratischen Mühlen mahlen langsam.

Die niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe Frau Schröder-Köpf beauftragte einen Referenten, Kontakt mit der Ausländerbehörde der Stadt Cuxhaven aufzunehmen. Die Mitarbeiter_innen der Ausländerbehörde schalteten daraufhin die Botschaft in Beirut ein, aber bis heute ist es nicht gelungen, eine tragfähige Lösung zu finden.

Die Anforderungen scheinen unüberwindbar: Zuerst muss die Dreijährige ein Visum bei der Botschaft in Beirut beantragen; dazu muss sie aber persönlich vorsprechen. Vorab soll sie sich jedoch einen Pass besorgen, den es normalerweise für Kinder nicht gibt, da diese bei den Eltern mit eingetragen werden. Wer ist derzeit sorgeberechtigt bzw. wer führt diese Sorge tatsächlich aus und darf den Pass beantragen und anschließend das Visum? Gefordert wird weiterhin eine Sterbeurkunde der Eltern und die Eintragung im Familienregister.

Weitere Personenstandsdokumente bzgl. des Nachweises der Verwandtschaft sind ebenfalls zu erbringen. Auch muss der Härtefall begründet werden. Da die Großeltern



Großeltern der Familie Hasso mit ihrer Tochter und dem ältesten Bruder des verstorbenen Ehemannes
© Arbeitskreis Asyl Cuxhaven e.V.

zurzeit keiner Arbeit nachgehen können, soll noch zusätzlich eine Verpflichtungserklärung abgegeben werden. Einige Dokumente konnten bisher beschafft werden, aber insgesamt konnte das Problem noch nicht gelöst werden. Nachdem wir mal wieder unseren zuständigen SPD-Landtagsabgeordneten Uwe Santjer eingeschaltet haben, liegt der Ball wieder bei Frau Schröder-Köpf. Und wir hoffen, dass es doch möglich sein muss, über das Niedersächsische Innenministerium und das Auswärtige Amt in Berlin (schließlich beide in SPD-Hand), eine Lösung zu finden, die der dreijährigen Rubella und ihren Großeltern und Verwandten in Cuxhaven gerecht wird.

Kontakt

Arbeitskreis Asyl Cuxhaven e.V.

Tel.: 0 47 21 / 2 38 48

asyl@incuxhaven.de

<http://incuxhaven.de/>

4.4 Migrationszentrum für Stadt und Landkreis Göttingen des Diakonieverbands Göttingen

Projekt „Sei Willkommen“ – Koordination ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe

Entstehung

Etwa 100 Göttinger_innen meldeten sich im Herbst 2014 im Migrationszentrum für Stadt und Landkreis Göttingen mit dem Wunsch, den Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind,



das Ankommen in unserer Gesellschaft zu erleichtern. Um die Sammelunterkünfte organisierten sich freiwillige Helfer_innen zu Runden Tischen, um ihre neuen Nachbarn willkommen zu heißen. Aus diesem breiten bürgerlichen Engagement entstand im Migrationszentrum das Projekt „Sei Willkommen“, das von der Klosterkammer Hannover, dem Diakonischen Werk Niedersachsen und der Stadt Göttingen finanziert wurde. Es entwickelte sich zu einer zentralen Koordinierungsstelle der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in Göttingen und einer Anlaufstelle für alle, die sich für Schutzsuchende engagieren wollten. Das Projekt machte es sich zur Aufgabe, die freiwilligen Initiativen untereinander zu vernetzen, die ehrenamtlichen Helfer_innen zu schulen, zu beraten, zu vermitteln und in ihrem Engagement zu unterstützen.